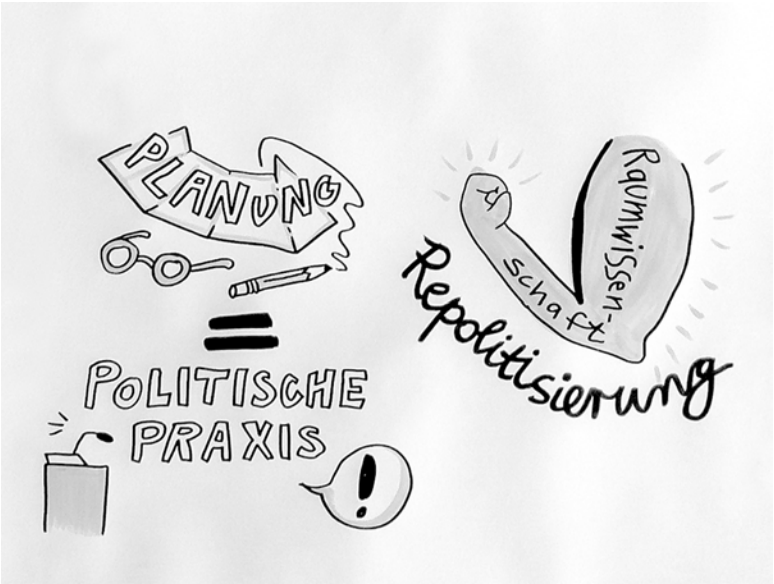
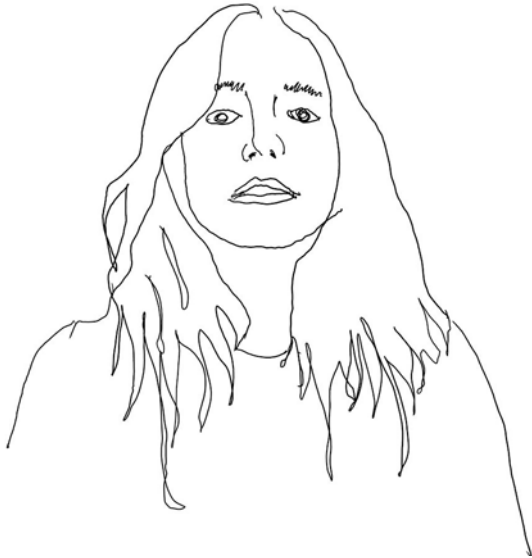


III. Konflikträume



»Die Notwendigkeit [für Postwachstum] ergibt sich aus Nachhaltigkeitsfragen, sozialer Ungerechtigkeit und internationalen Zusammenhängen, die in der Wachstumslogik verleugnet oder als problematisch oder notwendig eingestuft werden.«

Kim C. von Schönfeld



Provincializing Degrowth

Alternativen zu Entwicklung und der Globale Süden

Antje Bruns

1. Einleitung

Die Ausbeutung von Menschen, Rohstoffen und Natur führt zu einer Verdichtung sozialökologischer Krisen auf planetarer Ebene, in der die Zusammenhänge von Umweltwandel und Ungleichheit immer konturierter hervortreten. Zugleich verweisen die Zusammenhänge auf die internationale Arbeitsteilung: Der Globale Norden konsumiert, produziert und emittiert. Die Umweltrisiken und Umweltlasten werden externalisiert – insbesondere auf Kosten der Gesellschaften im Globalen Süden.¹ Eine grundlegende Transformation der ressourcenintensiven Produktions- und Konsummuster des Globalen Nordens ist also notwendig, um ein sozial gerechtes und umweltgerechtes Leben für alle zu ermöglichen, einschließlich der Menschen im Globalen Süden. Degrowth ist ein solcher Transformationsansatz, mit dem ein grundsätzlich anderes Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell im Globalen Norden gefordert wird (Brand/Krams 2018). Diese Denktradition reicht zurück auf das Konzept der »décroissance«, die als Kritik an der hegemonialen Idee von Entwicklung zu lesen ist. Entwicklung als westliche Erfindung ist untrennbar mit Wirtschaftswachstum verbunden und baut auf der Ungleichheit zwischen Nord und Süd auf (Latouche 2006).

¹ Globaler Norden und Globaler Süden sind keine geographischen Konzepte, obwohl die große Mehrheit der reichen Bevölkerung in Ländern der nördlichen Hemisphäre lebt und große Teile der armen Bevölkerung in Ländern des Südens. »Norden« und »Süden« sind eher Metaphern für soziale, ökonomische und ökologische Ungleichheit, die durch Kapitalismus und Kolonialismus auf globaler Ebene verursacht sind.

Degrowth richtet den Fokus also auf den Transformationsbedarf im Globalen Norden. Diese sehr notwendige Suchbewegung nach Alternativen muss die globalen Wechsel- und Fernwirkungen »unserer« Transformation im Blick behalten, denn die sozialökologischen Systeme zwischen Nord und Süd sind so eng verwoben, dass sozialökologische Transformationsprozesse im Globalen Norden neue Geographien der Ungleichheit im Globalen Süden reproduzieren können. Gerade also weil es um ein Gutes Leben für alle geht, sollten wir diese Beziehungsmuster mitdenken, denn primär leben wir »nicht über unsere Verhältnisse, sondern über die Verhältnisse anderer« – wie es Stephan Lessenich ausdrückt und damit auf die globalen sozialökologischen Ungleichheiten und Ungleichzeitigen verweist (Lessenich 2018: 203). Diese Ungleichheiten, Gewinner*innen und Privilegierte auf der einen und Verlierer*innen und Marginalisierte auf der anderen Seite sind tief in das (neo-)koloniale und kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eingeschrieben (Latouche 2006). Historisch reicht es weit zurück und teilt die Welt in Kolonisierte und Kolonisierende. In dieser so geschaffenen Weltordnung wurde das Projekt der europäischen Moderne hegemonial (Mignolo 2007; Quijano 2000), und daher muss sich jede Suche nach Alternativen zum kapitalistischen System mit dessen dunkler Seite beschäftigen – dem Kolonialismus. Eine Geschichtsvergessenheit würde die Verbindungslinien zwischen dem kolonial etablierten System der Ressourcenausbeutung und der eurozentrischen Welt- und Wissensordnung übersehen.

Wenngleich kritische Stimmen in der Nachhaltigkeits- und Transformationswissenschaft existieren, gehen Denkansätze und Positionen aus dem Globalen Süden eher selten in die Theorie- und Konzeptbildung sowie in politische Strategien ein. So wurde an anderer Stelle bereits auf Leerstellen im Bereich der Klimapolitik (Bauriedl 2015) oder der Stadtentwicklung hingewiesen (Bruns/Gerend 2018). Zu Recht wird gefragt, wer eigentlich für die Zukunft der Erde spricht (Lövbrand/Beck/Chilvers et al. 2015) und wer im Diskurs abwesend ist oder gemacht wird (Escobar 2016). Marginalisierung von Stimmen engt Diskurse ein und geht mit einer Dominanz und Normierung von Wissen einher – ein Prozess, der als epistemische Gewalt beschrieben wurde (Spivak 1988). Oft erfolgt die epistemische Gewalt in Form subtiler Verschleierung, beispielsweise wird sie mit der Rede von einer globalen Weltgesellschaft vollzogen, mit der die Ungleichheitsverhältnisse verdeckt werden: Die Diskrepanz zwischen der Repräsentation und Handlungsfähigkeit derjenigen, die zur sozialökologischen Krise zwar kaum beigetragen

haben, von ihr aber besonders betroffen sind, wird in einer vermeintlich integrierenden planetaren Perspektive maskiert.

Im vorliegenden Artikel bildet die historisch gewordene Ungleichheit zwischen Nord und Süd die Analysebrille, um auf unterschiedliche Rahmungen und Erzählstränge der sozialökologischen Krise und Transformationsdiskurse zu fokussieren. Dabei scheinen koloniale Kontinuitäten im Anthropozän-Diskurs auf und verdeutlichen umso mehr, dass dekoloniale Optionen in die Degrowth-Debatte eingehen müssen. Während das erdsystemwissenschaftliche Narrativ auf die planetare Ebene abzielt und einen Schleier des Nichtwissens über die Geographien der Ungleichheit legt, ist gerade die durch koloniale Praktiken und Mentalitäten hervorbrachte Ungleichheit der Fokus und Startpunkt von Theorien und Ansätzen aus dem Globalen Süden. Als epistemischer Ungehorsam (Mignolo 2011) bieten sie dekoloniale Optionen zum eurozentrischen Denken, Wissen und Handeln und sind daher – so das zentrale Argument des Beitrags – für die Degrowth-Debatte unverzichtbar.

Das Einbeziehen von Epistemologien aus dem Süden (Escobar 2016) ist unweigerlich ein reflexiver Prozess, der einhergeht mit einem Hinterfragen der westlichen Wissensproduktion und -ordnungen; das Einbeziehen ermöglicht, kritische und alternative Denkansätze aus dem Süden – etwa Postdevelopment und Umweltgerechtigkeit – als produktives Infragestellen westlicher Theorien wahr- und aufzunehmen. So ist es möglich, die eurozentrische Sicht auf die sozialökologische Krise im Anthropozän zu dezentrieren und zu provinzialisieren (Chakrabarty 2008).

2. Die sozialökologische Krise im Anthropozän ...

Die Debatte über eine notwendige Transformation wird – auch und gerade in der deutschsprachigen raumwissenschaftlichen Debatte – stark an den Anthropozän-Diskurs geknüpft, und damit werden koloniale Kontinuitäten hervorgebracht oder auch aufgedeckt, wie später gezeigt wird. Über das Anthropozän gibt es nämlich nicht den einen linearen Erzählstrang. Vielmehr gibt es unterschiedliche Verständnisse darüber, was die Krise im Anthropozän ausmacht und welche Handlungsimperative abzuleiten sind.

2.1 ... aus Perspektive der Erdsystemwissenschaften

In dieser Lesart des Anthropozäns beeinflusst der Mensch erdsystemrelevante Prozesse auf globaler Ebene, und diese Entwicklung beschleunigte sich mit der Industrialisierung und dem damit einhergehenden wachsenden Verbrauch fossiler Energie (Steffen/Crutzen/McNeill 2007). Urbanisierung und Globalisierung sind Faktoren, die zu der »great acceleration« beitragen und im Erdzeitalter der Menschen kulminieren. Für die Bestimmung der Erdzeitalter mittels des »Golden Spike« in den Sedimenten und Gesteinen und die Auslobung einer neuen stratigraphischen Ära ist üblicherweise die Geologie zuständig.

Kennzeichen und zugleich auch Triebkräfte des planetaren Wandels sind die flächenhafte und großräumige Inwertsetzung, Versiegelung und Degradation von Land und natürlicher Ökosysteme sowie die durch den Verbrauch fossiler Energie verursachten Emissionen. Diese Prozesse, welche die Verwobenheit von gesellschaftlichen mit natürlichen Prozessen markieren, resultieren unter anderem im globalen Klimawandel, einem Verlust der Biodiversität und in einer Anreicherung von Plastik in Gewässern, Böden und Tieren (Zalasiewicz/Williams/Smith et al. 2008). Die Geschwindigkeit dieses Wandels ist so hoch, das Ausmaß so groß, dass von einem Überschreiten des Tipping-Points sowie der planetaren Grenzen gesprochen wird (Steffen/Richardson/Rockström et al. 2020). Die Annahme dabei ist, dass das Erdsystem innerhalb bestimmter sozialer und biophysikalischer Grenzen dynamisch und variabel ist und zentrale Funktionen erbringen kann. Werden hingegen Kipppunkte überschritten, so verhält sich das sozialökologische System nichtlinear und außerhalb Regulationsreichweite. Um diesen sozialökologischen Kollaps zu verhindern, benötigt es politische Interventionen für eine Transformation. Auf internationaler Ebene werden die Nachhaltigen Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) als hoffnungsvolles Instrument dafür angesehen. Sie finden nunmehr auch auf nationaler und subnationaler Ebene Anwendung, um eine nachhaltige und gerechte Zukunft durch das Zusammenwirken von staatlichen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen zu fördern und zu flankieren. Obwohl die SDGs keine rechtliche Verbindlichkeit entfalten, ist der darin mitschwingende Steuerungsoptimismus kaum zu übersehen. In diesem Ideal werden globale Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit als Frage der Machbarkeit durch Governance und Management verhandelt. Armutsbekämpfung wird weiter-

hin an Wirtschaftswachstum gekoppelt, mit Betonung der Rolle der Privatwirtschaft (BMZ 2016). Nach wie vor wird von technologischen Lösungen und wirtschaftlicher Modernisierung im Rahmen einer »Politik der Kontrolle« ausgegangen (Adloff/Neckel 2019). In diesem Modell von Transformation geht es nicht um einen Abbau struktureller politischer oder ökonomischer Ungleichheiten als Element eines tiefgreifenden Pfadwechsels.

Zudem ist dieses Narrativ des planetaren Wandels im Anthropozän angesichts der »universalisierten Ursachendeutungen« problematisch (Bauriedl 2015: 16). Diese Ursachendeutungen verschleiern, dass der steigende Energieverbrauch oder der ökologische Fußabdruck – beispielsweise – durch Tourismus eben nicht von allen Menschen gleichermaßen zu verantworten ist, sondern von einigen wenigen mit entsprechend sozioökonomischem Status und Reisepass. Mit der Verschleierung geht eine Entpolitisierung des Anthropozän-Diskurses einher, die insofern bedeutsam ist, als dass dadurch neomalthusianischen Argumenten und Rassismen Vorschub geleistet wird. Demnach ist es beispielsweise das ungezügelte Bevölkerungswachstum (im Globalen Süden) und die daraus resultierende Ressourcennachfrage, die als Ursachen der Krise verantwortlich gemacht werden (Gottschlich/Schultz 2019). Von derartigen Argumentationen bis hin zur Bevölkerungskontrolle im Namen des Klimaschutzes ist es nicht weit, und wiederum wird von Gerechtigkeits- und Verteilungsfragen sowie notwendigen Veränderungen von Produktions- und Konsummustern im Globalen Norden abgelenkt.

2.2 ... aus Perspektive kritischer Geographie

Die Erzählung über die sozialökologische Krise im Anthropozän aus Perspektive kritischer Geographie fokussiert hingegen auf ihre tieferliegende Ursachen und Widersprüche und verweist auf die ungleiche Verantwortungsarchitektur zwischen Nord und Süd. Die sozialökologischen Krisen sind mithin nicht von »der Menschheit« zu verantworten, sondern sind Produkt einer ungleichen kolonialen und kapitalistischen Weltordnung, in der es wenige Gewinner*innen und viele Verlierer*innen gibt (Brand/Wissen 2011). Zu dieser Weltordnung haben Geolog*innen schon in der kolonialen Vergangenheit beigetragen, indem sie Rohstoffe und Edelmetalle kartiert haben. Nachdem die Lagerstätten und Vorkommen bekannt waren, begann ihr Abbau, um die industrielle Entwicklung und den Reichtum im Globalen Norden zu nähren. Den Kolonialmächten ging es beispielsweise um Rohstof-

fe wie Gold oder »Kolonialwaren« – z. B. Kakao. Die ehemalige »Goldküste«, das heutige Ghana, wurde sogar nach dem begehrten Metall benannt – umgangssprachlich hieß die »Goldküste« aber noch unverstellter »the mine« (Yusoff 2018). Die vielen Sklavenburgen entlang der »Goldküste« erzählen zudem die weiteren Aspekte der kolonialen Ausbeutung, in der Menschen zu einer kommodifizierten Ware wurden. Kathryn Yusoff, Professorin für Inhuman Geography, führt aus, inwiefern dieses unmenschliche System, in dem (schwarze) Menschen zu Produktionsmitteln gemacht wurden, auf das Engste verwoben ist mit der Entstehungsgeschichte des Anthropozäns. Yusoff zeigt, dass die Verknüpfung von geologischem Wissen mit dem Ausbau politökonomischer Macht konstituierend für das Anthropozän ist (Yusoff 2016).

Die Frage, wann das Anthropozän begann, ist somit keine unschuldige. Die Frage nach dem Ursprung verweist vielmehr auf die historischen Kontinuitäten, in denen Prozesse von Extraktion, Naturaneignung und -ausbeutung den Prozessen der Akkumulation von Wohlstand, Reichtum und der Ausbildung des kapitalistischen Weltsystems gegenüberstehen (Yusoff 2018). Diese Asymmetrie ist kennzeichnend für das Anthropozän, das demnach weit vor der Industrialisierung begann. Wird hingegen die Suche nach dem »Golden Spike« auf eine Frage der Nachweisbarkeit von bestimmten Markern in Sedimenten reduziert, so wird nicht nur die Frage nach den Anfängen depolitisiert, sondern damit werden auch Leid und Tod der schwarzen Sklaven aus der globalen Geschichtsschreibung getilgt. Diese gemachte Abwesenheit setzt sich in die Gegenwart fort und ist bedeutsam für die Denk- und Handlungsräume, die Zukunft machen.

3. Ungleichheiten und Externalisierung

Aus den vorangegangenen Ausführungen lässt sich folgern, dass sich ein »Weiter-so« nicht allein und vorrangig durch ein Überschreiten etwaiger biophysikalischer oder gesellschaftlicher Kippunkte in der Zukunft verbietet. Ebenso dringlich erfordern die historisch angelegten und sich gegenwärtig verschärfenden sozialökologischen Ungleichheiten und Ungerechtigkeiten einen tiefgreifenden Pfadwechsel.

3.1 Ungleichheit

Ungleichheit wird vor allem als ökonomische Ungleichheit verstanden und vermessen. Umso erstaunlicher ist es, dass es bis vor wenigen Jahren keine fundierte Datenauswertung gab, um gesicherte Aussagen über weltweite Ungleichheitsentwicklungen treffen zu können. Unnötig zu sagen, dass dieser Umstand nicht als Zufall, sondern vielmehr als Resultat konkreter Interessen gedeutet wird (Ernst/Losada/María 2010).

Auf die Leerstelle der Ungleichheitsforschung verwies Thomas Piketty mit seinem Buch »Le Capital au XXI^e siècle«. Piketty analysiert historische Daten seit der Industrialisierung und zeigt, wie die Vermögenskonzentration seit Mitte des 20. Jahrhunderts ansteigt. Diese Ungleichheitsentwicklung ist eine Folge politischer Entscheidungen, die versprachen, dass Wirtschaftswachstum, Technologiefortschritt und Anstieg privater Investitionen – z. B. in Infrastrukturen – zum Wohle aller seien. Stattdessen hat aber die Priorisierung ökonomischer über soziale und/oder ökologische Belange zu einer steigenden Ungleichheit geführt, die demokratische und gesellschaftliche Entwicklung substanziell bedroht (Piketty 2015).

Zunehmende Ungleichheit, ob zwischen Ländern oder innerhalb von Gesellschaften, läuft den Zielen einer Transformation entgegen, umso mehr, als die Schere der Vermögensverteilung zwischen privatem und öffentlichem Kapital weiter auseinandergeht. In vielen reichen Ländern sinkt seit 1980 das öffentliche Kapital, das private Kapital steigt hingegen an (Alvaredo/Chancel/Piketty et al. 2018). Diese unter anderem durch die Privatisierungspolitik bedingte Entwicklung schränkt Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand für einen intendierten sozialökologischen Umbau ein – ein dramatischer Trend angesichts der Herausforderungen. In Deutschland ist, ähnlich wie in vielen Ländern, der öffentliche Sektor für die Daseinsvorsorge und Bereitstellung von sozialen und technischen Infrastrukturen zuständig und orientiert sich am Ziel, gleichwertige Lebensverhältnisse in den Teilräumen herzustellen. De facto kann der öffentliche Sektor diesen Anforderungen aber immer weniger gerecht werden. Ähnlich wie in Deutschland geht auch innerhalb anderer Staaten die Schere zwischen Arm und Reich, zwischen prosperierenden und schrumpfenden Regionen immer weiter auseinander, wie verschiedene Studien der letzten Jahre gezeigt haben und sind ein limitierender Faktor für die Zukunftsfähigkeit von Regionen (Slupina/Dähner/Reibstein et al. 2019).

Zukunftsfähigkeit beginnt mit Imaginationen über Zukunft, die das Handeln gedanklich strukturieren. Hiesige Stadt- und Regionalforschung (auf der Ebene des Wissens) sowie Stadt- und Regionalplanung (als politische Praxis des Handelns) sind immer noch in einem Denken entlang von Wachstum, Moderne und Entwicklung verhaftet. Damit reproduzieren sie koloniale Mentalitäten (Bruns/Gerend 2018). Sichtbar wird dies z. B. durch das Erheben der europäischen Stadt zur Norm der entwickelten, modernen Stadt, die einen Gegensatz zur orientalischen (mithin unterentwickelten) Stadt bildet und welche mit diesem Prozess der Gegenüberstellung abgewertet wird. Das Verständnis der unterentwickelten orientalischen Stadt ist als »Wissen« in die Lehrbücher der Stadtforschung eingegangen und wird übertragen und zementiert, wenn Quartiere, in denen der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund höher ist, in einem Automatismus als »Problemquartiere« bezeichnet werden (Ha 2014). Nicht nur angesichts der zunehmenden Diversität der Gesellschaft bedarf es einer kritischen Überprüfung dieser abwertenden Zuschreibungen. Vielmehr muss der »Reproduktion von Rassismus als koloniales Erbe in der Stadt« (ebd.: 42) prinzipiell entgegengewirkt werden.

Der Begriff von »Entwicklung« (und »Unterentwicklung«) und die Idee der »Moderne« sind zentrale Elemente des eurozentrischen Weltbilds und spiegeln sich in der Idee von »Stadt« wider. Wenn in Städten wie Accra (Ghana), in der viele Menschen ohne sicheren Zugang zu Wasser leben, Wasserversorgung nur entlang zentraler, netzgebundener Wasserinfrastrukturen gedacht wird und diese mittels Strukturanpassungsprogramme gefordert und mit Weltbank-Investitionen gefördert werden, geschieht dies entlang westlicher Vorstellungen einer modernen Stadt. Zu einer Verringerung der sozialökologischen Ungleichheit² in Bezug auf die Trinkwasserversorgung haben diese Reformen und Investitionen nicht geführt, wohl aber zu lukrativen Einnahmequellen für westliche Investoren. Und es scheint, dass genau deswegen ein dezentrales, heterogenes Wasserinfrastruktursystem, das aus Wasserverkäufer*innen, Tankern, Brunnen und Wasserleitungen besteht, nicht denkbar ist (Bruns/Gerend 2018). Oder anders herum formuliert: Al-

2 Die sozialökologische Ungleichheitsforschung kann – als noch vergleichsweise junges, wenig ausdifferenziertes Forschungsfeld – auf noch weniger Daten zurückgreifen (Dietz 2014).

ternative, an alltägliche Praktiken und Lebenswelten angepasste Infrastrukturlösungen würden die westliche Hegemonie infrage stellen.

Beiträge aus dem Süden fordern daher ontologische und epistemologische Optionen, um ein Pluriversum (statt Universum) zu denken:

»the understanding of the world is much broader than the western understanding of the world. This means that the transformation of the world, and the transitions to the pluriverse or the civilizations transitions adumbrated by many indigenous, peasant, and Afrodescendant activists, might happen (indeed, are happening) along pathways that might be unthinkable from the perspective of Eurocentric theories« (Escobar 2016: 16).

Ein transformativer Pfadwechsel, der eine epistemologische Offenheit aufweist und somit dekoloniale Optionen reflexiv einschließt, stellt unweigerlich Macht- und Herrschaftsverhältnisse infrage.

Dass Entwicklung und Transformation eine geopolitische Dimension aufweisen, kann anhand gegenwärtiger energiepolitischer Diskussionen nachvollzogen werden: Während die Dekarbonisierung des fossilen Energiesystems, verbunden mit einer drastischen Senkung des Energieverbrauchs, von zentraler Bedeutung für eine gelingende sozialökologisch gerechte Transformation im Globalen Norden ist, sind damit die existierenden Ungleichheiten zwischen Nord und Süd noch nicht adressiert. Diese Widersprüche benennt selbst die Weltenergieagentur auf ihrem Webauftritt zu den Energiedaten klar: »Die Kluft zwischen dem Versprechen von Energie für alle und der Tatsache, dass fast eine Milliarde Menschen immer noch keinen Zugang zu Elektrizität haben. Die Kluft zwischen den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen, die die Notwendigkeit einer immer schnelleren Reduzierung der globalen Treibhausgasemissionen belegen, und den Daten, die zeigen, dass die energiebezogenen Emissionen 2018 einen weiteren historischen Höchststand erreichten. Die Kluft zwischen den Erwartungen an schnelle, erneuerbare Energietransitionen und die Realität der heutigen Energiesysteme, in denen die Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen hartnäckig hoch bleibt. Und die Kluft zwischen der Ruhe auf den gut versorgten Ölmärkten und dem anhaltenden Unbehagen über geopolitische Spannungen und Unsicherheiten« (IEA 2020). Die Ruhe angesichts der Disparitäten ist erschütternd – zum Vergleich: Der Energieverbrauch pro Person in Deutschland beträgt rd. 164 Gigajoule pro Jahr (BP 2019) und in Ghana

rd. 1,5 Gigajoule pro Jahr (Energy Commission Ghana 2018). Dabei spricht es Bände, dass die Zahlen für Ghana im Energiejahresbericht von BP gar nicht aufgeschlüsselt vorliegen, sondern einfach als »Rest von Afrika« bezeichnet werden.

Der europäischen Energiepolitik geht es nicht allein um Energiesicherheit (vor allem nicht im Globalen Süden), sondern um eine Sicherung der existierenden geopolitischen Ordnung, wie der »Green Deal« der Europäischen Kommission zeigt. Die im Januar 2020 von Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen vorgestellte Strategie zur neuen Außenwirtschaftspolitik der EU sieht ambitioniertere Emissionsziele für 2030 sowie die vollständige Klimaneutralität der EU bis 2050 vor; dafür soll die Politik der Europäischen Union, insbesondere deren Wachstumspolitik, eine Neuausrichtung erhalten und sich am übergeordneten Ziel »Bekämpfung des Klimawandels« orientieren. Die Neuausrichtung der Wachstumspolitik ist eingebettet in geopolitische Überlegungen, wie sich Europa angesichts der Veränderungen der globalpolitischen Lage positioniert (Schwächung der USA und aufstrebendes China). Dafür ist ein vereintes Europa notwendig, wozu eine innereuropäische Verringerung der Disparitäten gehört. Auch wenn das Finanzierungspaket den Titel »Just Transition Fonds« trägt, so bezieht sich »gerecht« nur auf diese Disparitäten innerhalb Europas – Disparitäten zwischen alten Kohlerevieren sowie verlassenen Industriestandorten und den wirtschaftlich prosperierenden Regionen (Europäische Kommission 2020). Die energetische Transformation in Europa basiert somit immer noch auf einem Wachstumsgedanken (wenn auch mit grünem Anstrich), und dieses Wachstum in Europa benötigt einen Außenraum, der selbst weniger Ressourcen verbraucht als bereitstellt.

3.2 Externalisierung

Unbegrenztes Wachstum ist unmöglich und wird nur durch Grenzziehungen möglich sein, entlang von Räumen, Einkommensschichten, Ethnien oder anderen Differenzmerkmalen. Wachstum als Element des »Kapitalismus kann sich eben nicht aus sich selbst heraus erhalten. Er lebt von der Existenz eines ›Außens‹ [...].« (Lessenich 2018: 42) Diese ungleiche globale Weltressourcenordnung (Altvater 1992) ist tief in die Lebensweise und in die Alltagspraktiken von Menschen eingeschrieben, die Ulrich Brand und Markus Wissen als »imperiale Lebensweise« bezeichnen. »Imperial ist die Lebensweise des

globalen Nordens insofern, als sie einen prinzipiell unbegrenzten – politisch, rechtlich und/oder gewaltförmig abgesicherten – Zugriff auf Ressourcen, Raum, Arbeitsvermögen und Senken andernorts voraussetzt« (Brand/Wissen 2011: 82). Somit ist Externalisierung ein konstituierendes Element der asymmetrischen Beziehung zwischen Nord und Süd. Sie bezieht sich sowohl auf den Extraktivismus von Ressourcen als auch auf die Auslagerung von Umweltlasten, Risiken oder Senken (Gerber/Raina 2018; Foster 2011), und Letztere sind in ihren Auswirkungen mindestens ebenso drastisch wie die Entnahme der Ressourcen.

Zu den neueren Externalisierungstrends trägt unter anderem die Klimapolitik bei. So hat beispielsweise die Ausweitung von Biodiesel in Europa enorme Auswirkungen auf lokale Landnutzungssysteme und damit auf die Lebensgrundlage vieler Menschen im Globalen Süden. Und auch das System des Handels mit Emissionszertifikaten zur Umsetzung des Kyoto-Protokolls verfolgt eine imperiale Logik, weil sich Industrien im Globalen Norden von Reduktionsverpflichtungen freikaufen können – zulasten von Entwicklungsmöglichkeiten im Globalen Süden. Zu Recht wird daher dieses System als »Kohlenstoffkolonialismus« bezeichnet (Bauriedl 2015: 16), der die existierenden Ungleichheiten reproduziert und Macht- und Herrschaftsverhältnisse festigt. Für Länder des Globalen Südens, die – wie Ghana – einen derzeit weit unterdurchschnittlichen Energie- und Ressourcenverbrauch aufweisen, verbleibt kaum ein Entwicklungsspielraum.

Ungleichheit der Lebensweisen und Entwicklungsoptionen werden in Degrowth- und Postdevelopment-Ansätzen unterschiedlich konzeptualisiert und bewertet:

»It is clear that many countries in the South with very low per capita incomes cannot afford *degrowth* but could use a kind of *sustainable development*, directed at real needs such as access to water, food, health care, education etc. This requires a radical shift in social structure away from the relations of production of capitalism/imperialism« (Foster 2011: 7).

Als Teil dieses »Shifts« wenden sich soziale Bewegungen in Ländern – z. B. Ecuador oder Bolivien – der Erprobung von Alternativen zu. Darin stellen nicht der Profit, sondern soziale Bedürfnisse die Zielmatrix dar. Insofern ist der Begriff »Sustainable Development« von Foster missverständlich gewählt, da Entwicklung als Gegensatz zu Unterentwicklung verstanden und daher

als (kultur-)imperialistisch abgelehnt wird. Daher wurde der Begriff »Postdevelopment« geprägt, womit nicht alternative Entwicklungen gemeint sind, sondern worunter Alternativen zum Ideal der Entwicklung unter Einbezug lokalen Wissens und pluraler Wissensbestände verstanden werden (Escobar 1995; Ziai 2012).

4. Alternative Denk- und Handlungsräume – Degrowth provinzialisieren

Obgleich Degrowth mit seiner grundlegenden Kritik an der imperialen Lebensweise unbestreitbare Parallelen zu Ansätzen wie »Postdevelopment« aufweist, wird von einigen Autor*innen eine mangelnde Anschlussfähigkeit an die Bedürfnisse und Wissensbestände der Menschen im Globalen Süden konstatiert. Diese Entkopplung wird als ein Grund angesehen, warum Degrowth keinen bedeutenden Stellenwert in der gesellschaftlichen oder wissenschaftlichen Debatte im Globalen Süden einnimmt (Rodríguez-Labajos/Yáñez/Bond et al. 2019). So argumentiert Escobar, dass es keine natürliche Allianz zwischen diesen unterschiedlichen Denk- und Handlungsansätzen im Transformationsdiskurs gibt, dass ein Pakt aber in einem produktiven Prozess des sich Zuwendens, des Lernens und Verlernens hergestellt werden kann (Escobar 2015).

Gelernt werden kann von den sozialen Bewegungen und von den indigenen Gruppen, die sich in Südamerika zusammengeschlossen haben, um einen Gegenentwurf zur Bedrohung durch den Raubbau an Natur und Rohstoffen zu fordern und zu leben. »Buen Vivir« (»Gutes Leben«) ist ein alternatives, postextraktivistisches Modell zur Überwindung der multiplen kapitalistischen Krise, das plurale Welt- und Zukunftsvorstellungen zulässt und daher als epistemologischer Paradigmenwechsel verstanden wird (Gann 2013: 84). Betont wird der partizipative und emanzipatorische Charakter der Verfassungen in Ecuador bzw. Bolivien sowie die daraus resultierende Relativierung der westlichen Moderne. Dabei ist auch die Öffnung des Arbeitsbegriffs zentral, um andere Gesellschaftskonfiguration und ein Gutes Leben zuzulassen, und so kann Buen Vivir als konkrete Utopie verstanden werden, um koloniale Kontinuitäten zu überwinden.

Im Vergleich dazu erscheint Degrowth als vergleichsweise eng gefasste Suchbewegung, die von einer verstärkten Reflexion der Nord-Süd-Be-

ziehungen einerseits und pluralen Epistemologien des Südens andererseits profitieren kann. In diesem Sinne bedeutet Degrowth provinzialisieren – eurozentrische Perspektiven in einem reflexiven Prozess zu entlarven, um damit schließlich über den europäischen Kontext hinauszudeuten und neue Epistemologien zuzulassen. Für die kritische Raum- und Transformationswissenschaft ist dies ebenso wichtig wie für die räumliche Planung als politische Praxis, die mit lokalen und regionalen Entscheidungen über Entwicklungstrajektorien entscheidet und mit den daraus resultierenden Ressourcenbedarfen weit in die Lebenswelten von Menschen im Globalen Süden regiert.

Literatur

- Adloff, F.; Neckel, S. (2019): Modernisierung, Transformation oder Kontrolle? In: Dörre, K.; Rosa, H.; Becker, K.; Bose, S.; Seyd, B.: *Große Transformation? Zur Zukunft moderner Gesellschaften*. Wiesbaden, 167–180.
- Altvater, E. (1992): *Der Preis des Wohlstands. Oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung*. Münster.
- Alvaredo, F.; Chancel, L.; Piketty, T.; Saez, E.; Zucman, G. (2018): *World Inequality Report 2018*. Cambridge, Massachusetts.
- Bauriedl, S. (2015): Eurozentrische Weltbürgerbewegung. Zum WBGU-Sondergutachten Klimaschutz als Weltbürgerbewegung. In: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 24, 13–16.
- BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2016): *Wirtschaft – Chancen für nachhaltige Entwicklung. Privatwirtschaft als Partner in der Entwicklungszusammenarbeit*. Bonn.
- BP (2019): *Full report – BP Statistical Review of World Energy 2019*. London.
- Brand, U.; Krams, M. (2018): Zehn Jahre Degrowth als radikale politische Perspektive: Potenziale und Hürden. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 31, 18–26.
- Brand, U.; Wissen, M. (2011): Sozial-ökologische Krise und imperiale Lebensweise. Zu Krise und Kontinuität kapitalistischer Naturverhältnisse. In: Demirovic, A.; Dück, J.; Becker, F.; Bader, P. (Hg.): *VielfachKrise im finanzdominierten Kapitalismus*. Hamburg, 78–93.
- Bruns, A.; Gerend, J. (2018): In Search of a Decolonial Urban Transformation. In: *GAIA – Ecological Perspectives for Science and Society* 27, 293–297.

- Chakrabarty, D. (2008): *Provincializing Europe: Postcolonial thought and historical difference*. Princeton.
- Dietz, K. (2014): *Researching Inequalities from a Socio-ecological Perspective*. Berlin. = Working Paper No. 74.
- Energy Commission Ghana (2018): *2018 Energy (Supply and Demand) Outlook for Ghana*. Accra.
- Ernst, T.; Isidoro Losada, A. M. (2010): Nord-Süd-Beziehungen: Globale Ungleichheit im Wandel. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 10/2020, 10–15.
- Escobar, A. (1995): *Encountering Development: The Making and Unmaking of the third world*. Princeton, New Jersey.
- Escobar, A. (2015): Degrowth, postdevelopment, and transitions: a preliminary conversation. In: *Sustainability Science* 10, 451–462.
- Escobar, A. (2016): Thinking-feeling with the Earth: Territorial Struggles and the Ontological Dimension of the Epistemologies of the South. In: *AIBR, Revista de Antropología Iberoamericana* 11, 11–32.
- Europäische Kommission (2020): *Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Fonds für einen gerechten Übergang*. Brüssel. = COM(2020) 22 final. DE.
- Foster, J. B. (2011): Capitalism and Degrowth: An Impossibility Theorem. In: *Monthly Review* 62, 26.
- Gann, A.-L. (2013): Das Konzept des Buen Vivir in der ecuadorianischen Verfassung aus feministischer Perspektive. In: *Femina Politica – Zeitschrift für feministische Politikwissenschaft* 22, 81–93.
- Gerber, J.-F.; Raina, R. S. (2018): Post-Growth in the Global South? Some Reflections from India and Bhutan. In: *Ecological Economics* 150, 353–358.
- Gottschlich, D.; Schultz, S. (2019): Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischen Revival. In: *Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz* (Hg.): *Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz – eine Debatte*. Berlin, 24–29.
- Ha, N. (2014): Perspektiven urbaner Dekolonisierung: Die europäische Stadt als ›Contact Zone‹. In: *sub|urban. zeitschrift für kritische stadtforschung* 2, 27–48.
- IEA – International Energy Agency (2020): *World Energy Outlook 2019*. <https://www.iea.org/reports/world-energy-outlook-2019> (24.02.2020).
- Latouche, S. (2006): *Le pari de la décroissance*. Paris.

- Lessenich, St. (2018): *Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben.* München.
- Lövbrand, E.; Beck, S.; Chilvers, J.; Forsyth, T.; Hedrén, J.; Hulme, M.; Lidskog, R.; Vasileiadou, E. (2015): Who speaks for the future of Earth? How critical social science can extend the conversation on the Anthropocene. In: *Global Environmental Change* 32, 211–218.
- Mignolo, W. D. (2007): *DELINKING.* In: *Cultural Studies* 21, 449–514.
- Mignolo, W. D. (2011): Epistemic disobedience and the decolonial option: A manifesto. In: *Transmodernity* 1, 3–23.
- Otto, I. M.; Donges, J. F.; Cremades, R.; Bhowmik, A.; Hewitt, R. J.; Lucht, W.; Rockström, J.; Allerberger, F.; McCaffrey, M.; Doe, S. S. P.; Lenferna, A.; Morán, N.; van Vuuren, D. P.; Schellnhuber, H. J. (2020): Social tipping dynamics for stabilizing Earth's climate by 2050. In: *PNAS – Proceedings of the National Academy of Sciences of the United States of America* February 4, 2020 117 (5) 2354–2365.
- Piketty, T. (2015): *About Capital in the Twenty-First Century.* In: *American Economic Review* 105, 48–53.
- Quijano, A. (2000): Coloniality of power and Eurocentrism in Latin America. In: *International Sociology* 15, 533–580.
- Rodríguez-Labajos, B.; Yáñez, I.; Bond, P.; Greyl, L.; Munguti, S.; Ojo, G. U.; Overbeek, W. (2019): Not So Natural an Alliance? Degrowth and Environmental Justice Movements in the Global South. In: *Ecological Economics* 157, 175–184.
- Slupina, M.; Dähner, S.; Reibstein, L.; Amberger, J.; Sixtus, F.; Grunwald, J.; Klingholz, R. (2019): *Die demografische Lage der Nation. Wie zukunftsfähig Deutschlands Regionen sind.* Berlin.
- Spivak, G. C.; Morris, R. C. (1988): *Can the subaltern speak?* New York, 21–78.
- Steffen, W.; Crutzen, P. J.; McNeill, J. R. (2007): The Anthropocene: Are Humans Now Overwhelming the Great Forces of Nature. In: *AMBIO: A Journal of the Human Environment* 36, 614–621.
- Steffen, W.; Richardson, K.; Rockström, J.; Cornell, S. E.; Fetzer, I.; Bennett, E. M.; Biggs, R.; Carpenter, St. R.; Vries, W. de; Wit, C. A. de (2015): Planetary boundaries: Guiding human development on a changing planet. In: *Science* Vol. 347, Issue 6223, 1259855.
- Yusoff, K. (2016): Anthropogenesis: Origins and Endings in the Anthropocene. In: *Theory, Culture & Society* 33, 3–28.

- Yusoff, K. (2018): A billion black Anthropocenes or none. Minneapolis, Minnesota.
- Zalasiewicz, J.; Williams, M.; Smith, A.; Barry, T. L.; Coe, A. L.; Bown, P. R.; Brenchley, P.; Cantrill, D.; Gale, A.; Gibbard, Ph.; Gregory, F. J.; Hounslow, M. W.; Kerr, A. C.; Pearson, P.; Knox, R.; Powell, J.; Waters, C.; Marshall, J.; Oates, M.; Rawson, P.; Stone, Ph. (2008): Are we now living in the Anthropocene. In: *GSA Today* 18, 4.
- Ziai, A. (2012): Post-Development: Fundamentalkritik der »Entwicklung«. In: *Geographica Helvetica* 67, 133–138.